



Goertz, Stefan

Identitäre Bewegung – Reichsbürger – Selbstverwalter. Eine aktuelle Analyse

SIAK-Journal - Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1/2021), 56-68.

doi: 10.7396/2021_1_D

Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:

Goertz, Stefan (2021). Identitäre Bewegung – Reichsbürger – Selbstverwalter. Eine aktuelle Analyse, SIAK-Journal - Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (1), 56-68,
Online: http://dx.doi.org/10.7396/2021_1_D.

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag NWV, 2021

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag NWV (<http://nwv.at>) erschienen.

Online publiziert: 6/2021

Identitäre Bewegung – Reichsbürger – Selbstverwalter

Eine aktuelle Analyse



STEFAN GOERTZ,
*Professor für Sicherheitspolitik,
Extremismus- und Terrorismus-
forschung an der Hochschule
des Bundes, Fachbereich
Bundespolizei, Lübeck.*

Dieser Beitrag untersucht die extremistischen Phänomenbereiche Reichsbürger und Selbstverwalter sowie die Identitäre Bewegung einfürend auf der Ebene Definitionen und Analysemerkmale und nutzt dabei Definitionen des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) sowie des österreichischen Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Darauf folgen Programm und Aktionen der Identitären Bewegung sowie das Programm und die Strategien der Reichsbürger und Selbstverwalter. Die Identitäre Bewegung bekennt sich in Österreich und in Deutschland zum Konzept des Ethnopluralismus, nach dem das ideologische Ziel einer gesellschaftlichen Ordnung in einem ethnisch und kulturell homogenen Staat besteht. Diese ethnokulturelle Identität sieht die Identitäre Bewegung durch den „Multikulturalismus“ bedroht, der durch eine angeblich unkontrollierte Massenzuwanderung zu einer Heterogenisierung der Gesellschaft führe. Daher fordert die Identitäre Bewegung unter dem Schlagwort „Remigration“ Maßnahmen zur Umkehrung der Flüchtlingsströme und die Rückführung von Migrantinnen in deren Heimatländer. Reichsbürger und Selbstverwalter sind nach Auffassung der deutschen und österreichischen Verfassungsschutzbehörden Personen und Gruppierungen, die aus unterschiedlicher Motivation und mit verschiedenen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich verneinen und die gesamte Rechtsordnung ablehnen. Zudem bilden verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder auch ein selbst definiertes Naturrecht das ideologische Fundament zur Leugnung der Legitimität und Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich. Dabei sprechen Reichsbürger und Selbstverwalter den demokratisch gewählten Repräsentanten ihre Berechtigung ab oder definieren sich gar ausnahmslos als außerhalb der Rechtsordnung stehend. Reichsbürger und Selbstverwalter sind sehr aktiv und behindern Behörden und Ämter in ihrer Arbeit und bedrohen mitunter deren Mitarbeiter. In Einzelfällen kam es in der Vergangenheit auch zu körperlichen Übergriffen.

1. DER RECHTSEXTREMISTISCHE PHÄNOMENBEREICH IDENTITÄRE BEWEGUNG – DEFINITIONEN UND ANALYSEMERKMALE

1.1 Definitionen der rechtsextremistischen Identitären Bewegung

Das österreichische Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung

(BVT) definiert den rechtsextremistischen Phänomenbereich Identitäre Bewegung wie folgt:

„In Österreich umfasst die rechtsextreme Szene heterogene Akteursgruppen unterschiedlicher personeller, struktureller und ideologischer Ausrichtung. Für den Bereich des sogenannten modernisierten Rechtsextremismus kann die Identitäre Bewegung exemplarisch genannt werden“ (BVT 2019, 29).

„In diesem Kontext tritt die Identitäre Bewegung aktuell als eine der wesentlichen Trägerinnen des modernisierten Rechtsextremismus auf. Seit ihrer Gründung im Jahr 2012 in Österreich und insbesondere seit 2015 haben die Kampagnenaktivisten durch zahlreiche islam-, fremden- und asylfeindliche Aktionen für Aufmerksamkeit und Polarisierung im öffentlichen Raum gesorgt. Mittels Formen der direkten Aktion wurden von einer kleinen Anzahl an Aktivisten bundesweit Plakat- und Transparentaktionen, Störungen von Veranstaltungen, Hausbesetzungen, symbolische Verunstaltungen von Denkmälern, symbolträchtige Aufmärsche, etc. umgesetzt. Der Aktions- und Agitationsradius der Identitären reichte hier von einschlägigen Handlungen in Österreich bis hin zu europaweiten bzw. internationalen Kampagnentätigkeiten wie etwa ‚Defend Europe‘“ (BVT 2018, 53).

Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) definiert die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) wie folgt:

„Die IBD versteht sich selbst als Teil einer europaweiten patriotischen Jugendbewegung, die mittels friedlichem Aktivismus, politischer Bildungsarbeit sowie gemeinschaftlicher und kultureller Aktivitäten für die Werte Heimat, Freiheit und Tradition einsteht. Die tatsächlichen Positionen der IBD sind allerdings nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Die IBD zielt letztlich darauf ab, Menschen mit außer-europäischer Herkunft von demokratischer Teilhabe auszuschließen und sie in einer ihre Menschenwürde verletzenden Weise zu diskriminieren. Menschen ohne gleiche ethnische Voraussetzungen können aus Sicht der IBD niemals Teil einer gemeinsamen Kultur sein. Für die IBD existiert Kultur nur in einer dauerhaften Verknüpfung mit einer Ethnie (Ethnopluralismus). Dies zeigt sich unter anderem in Aktionen und Kampagnen, wie

‚Der große Austausch‘. Die europaweite Vernetzung äußert sich durch gemeinsame Aktionen, wie ‚Defend Europe‘ oder die jährliche ‚Sommeruniversität‘ in Frankreich“ (BfV 2020, 100).

1.2 Analysemerkmale der Identitären Bewegung als Teil der „Neuen Rechten“

Die Identitäre Bewegung steht beispielhaft für die jüngsten Entwicklungen im Rechtsextremismus in Deutschland und Österreich. Die Identitäre Bewegung hebt sich nicht nur organisatorisch von den klassischen Parteistrukturen, wie der deutschen rechtsextremistischen Partei NPD, ab, sondern sie unterscheidet sich auch ideologisch und in ihren Aktionen von der neonazistischen und der subkulturell orientierten Szene. Die Identitäre Bewegung steht nach Angaben deutscher Verfassungsschutzbehörden für einen modernen Rechtsextremismus, der mit einem Themenkanon aus Anti-Islam, Anti-Asyl und Anti-Establishment versucht, bis weit in breite gesellschaftliche Kreise hinein anschlussfähig zu sein (NMIS 2016, 6). Die Identitäre Bewegung ersetzt Begriffe, wie „Rasse“ und „Volksgemeinschaft“, durch unverfängliche Begriffe wie Ethnie, Identität und Kultur und deutet diese im europäischen Kontext zum Konzept einer „ethnokulturellen Identität“ um, die es zu verteidigen gelte, nach dem Motto: „Nein zur Islamisierung! Wehr’ dich, es ist dein Land!“ (ebd., 6).

Die Identitären beschreiben sich als die „patriotische Jugend Europas“ und ihr Wahlspruch lautet: „Nicht links, nicht rechts – identitär“. Auf diese Weise distanzieren sie sich vordergründig von Rechtsextremismus im Allgemeinen und von rechtsextremistischen Parteien, wie der NPD, „Die Rechte“ und „Der III. Weg“. Dies mag nach Angaben deutscher Verfassungsschutzbehörden auf die Vertreter des „alten“ Rechtsextremismus, wie der NPD,

sogar zutreffen, schließlich orientieren sich die Identitären ideologisch weder am historischen Nationalsozialismus, noch sind sie organisatorisch als Teil der neonazistischen Szene zu verorten (ebd., 6 f). Ideologischer Hintergrund der Identitären Bewegung sind die Theoretiker der völkischen Bewegung und vor allem die Denkschulen der „Konservativen Revolution“ in den 1920er Jahren der Weimarer Republik, deren ausgeprägter Antiliberalismus und Kollektivismus im Widerspruch zu den Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie stehen (ebd., 7).

Strategische Ziele und Themenschwerpunkte der Identitären Bewegung sind die Mobilisierung Jugendlicher und junger Erwachsener, die vor allem im Internet angesprochen werden. Als Angehörige einer Generation von Digital Natives, die internetaffin ist und die sich sicher in sozialen Netzwerken, Foren von Online-Zeitungen und Video-Plattformen bewegt, können sie eine Öffentlichkeit herstellen, ohne auf formale Pressearbeit oder eine große Anzahl von Aktivisten angewiesen zu sein (ebd., 7). Das Ziel der Identitären Bewegung bei ihren Aktivitäten im Internet ist die öffentliche Diskursverschiebung, in der vor allem Muslime und „kulturfremde Nicht-Europäer“, aber auch Presse- und Medienvertreter sowie sämtliche „links-

liberalen“ Politikerinnen und Politiker als Feinde klassifiziert werden (ebd., 7). Der gezielte Tabubruch ist hierbei ein Stilmittel der Identitären Bewegung, gestreute Desinformation, Angstmache und die provokative Verhöhnung von Political Correctness gehören zu ihrer Taktik. Die Sprache der Identitären Bewegung klingt gebildet und jugendspezifisch zugleich, sie ist verbindendes Element eines neuen Rechtsextremismus. Die Selbstdarstellung der Identitären Bewegung ist popkulturell geprägt und medial gekonnt inszeniert, ihre Wortwahl ist provokant und pseudo-intellektuell. Ihre Aktionen sind öffentlichkeitswirksam und bisher gewaltfrei, die Aktivisten der Identitären Bewegung inszenieren sich als jung und modern. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und völkischem Denken geben die Identitären ein neues Gesicht, dessen antidemokratische, verfassungsfeindliche Gesinnung nicht immer auf den ersten Blick zu erkennen ist (ebd., 7).

Die Identitären sind ideologisch in der Neuen Rechten angesiedelt. Wesentliche Unterschiede zur „Alten Rechten“ liegen in der Strategie der Identitären Bewegung: Multiplikatoren, keine Anonymität, sondern inszeniert sich als rebellische, junge geistige Elite gegen das Establishment. Die Sprache ist gewalttätig, man spricht von Bürgerkrieg und allgegenwärtiger Gefahr als Bevölkerung „ausgetauscht“ zu werden. Dazu bedient sich die Identitäre Bewegung bei Wortneuschöpfungen wie „Ethnomasochismus“ und Anspielungen, um den Rahmen des Sagbaren zu erweitern (Bruns et al. 2017).

Die Akteure der Neuen Rechten in Deutschland werden seit Jahren im Bereich von Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus verortet. Seit April 2020 wiederum wird das „Institut für Staatspolitik“ vom Bundesamt

Quelle: Wikimedia Commons



Abb. 1: Mitglieder der Identitären Bewegung

für Verfassungsschutz als Verdachtsfall Rechtsextremismus („Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“) geführt, ebenso die Zeitschrift „Compact“ (Spiegel 2020). Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, erklärte im Zusammenhang mit der Einstufung des Instituts für Staatspolitik als Verdachtsfall Rechtsextremismus, dass seine Behörde sich „der Neuen Rechten mit hoher Intensität widmet“. Kubitscheks Institut für Staatspolitik versuche „in den politischen Raum einzuwirken und seine ideologischen Ziele auf diese Weise durchzusetzen. (...) Damit trägt das Institut für Staatspolitik zu einer gesamtgesellschaftlichen Spaltung bei und begünstigt Radikalisierungstendenzen bis hin zur Legitimierung von Gewalt“ (Zeit 2020a). Seit Mitte Juni 2020 beobachtet das Bundesamt für Verfassungsschutz nun auch das neurechte Netzwerk „Ein Prozent“ als Verdachtsfall Rechtsextremismus. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz erklärte dazu: „Seit letzter Woche wird ‚Ein Prozent‘ als Verdachtsfall bearbeitet. (...) Sowohl seine ideologische Ausrichtung als auch seine Vernetzung ins rechtsextremistische Spektrum begründen unsere konsequente Einstufung als Verdachtsfall“ (Zeit 2020b).

Bekannte Akteure der Neuen Rechten in Deutschland sind aktuell das Institut für Staatspolitik (geleitet von Götz Kubitschek), das Compact-Magazin, die Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die Initiative „Ein Prozent“, der Verleger Götz Kubitschek, sein Verlag Antaios und seine Zeitschrift „Sezession“ sowie zahlreiche dort veröffentlichende Autoren. Autoren, Theoretiker und Anhänger der Neuen Rechten sind Gegner der liberalen Demokratie und vertreten ein nationalistisches und elitäres Gesellschaftsbild. Ihre Ideologie richtet sich gegen univer-

salistische und egalitäre Philosophien und auch gegen allgemein gültige Prinzipien wie etwa die Menschenrechte. Autoren und Theoretiker der Neuen Rechten sind bzw. waren Armin Mohler, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Caspar von Schrenck-Notzing (Zeitschrift *Criticón*), Henning Eichberg, Alain de Benoist, Pierre Krebs, Thierry Baudet, Udo Ulfkotte, Jürgen Elsässer, Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek. Kubitschek trat in der Vergangenheit wiederholt als Redner bei „Pegida“ (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) auf.

Die Neue Rechte beruft sich ideologisch auf die „Konservative Revolution“ der Weimarer Republik. Die bekanntesten Denker der Konservativen Revolution waren Edgar Julius Jung, Arthur Moeller van den Bruck, der Staatsrechtler Carl Schmitt, der Kulturphilosoph Oswald Spengler sowie der Soldat und Autor Ernst Jünger. Auf diese Vertreter der Konservativen Revolution beruft sich die heutige Neue Rechte. Gemeinsam ist der Neuen Rechten, dass sie für eine „geistige Überwindung des demokratischen Verfassungsstaates“ eintritt (Pfahl-Traugher 2019). Schlüsselbegriffe der Neuen Rechten sind: „Kampf um die Köpfe“, „Kulturrevolution von rechts“ und „Metapolitik“. Ein völkischer Nationalismus soll den Primat der Menschenrechte ablösen, Elitavorstellungen werden als Gegensatz zum Gleichheitsideal verkündet (ebd.).

Dem Institut für Staatspolitik geht es „um geistigen Einfluss, nicht die intellektuelle Lufthoheit über Stammtische, sondern über Hörsäle und Seminarräume (...) es geht uns um Einfluss auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, umso besser“, umschreibt der Mitbegründer Karlheinz Weißmann die strategische Ausrichtung des Instituts für Staatspolitik (Kellershohn 2016). Das Institut für Staats-

politik gilt als wichtigster Thinktank der Neuen Rechten. Martin Sellner, Sprecher der Identitären Bewegung Österreich wird von Kubitschek selbst, dem Strategen und Ideologen der Neuen Rechten, als „enger Freund“ bezeichnet (Kubitschek 2019).

Nach Angaben des Verfassungsschutzberichtes für das Jahr 2019 vom Juli 2020 des Bundesamtes für Verfassungsschutz gab es im Jahr 2019 etwa 600 Mitglieder im Kern der Identitären Bewegung in Deutschland (BfV 2020, 90).

2. PROGRAMM UND AKTIONEN DER IDENTITÄREN BEWEGUNG

Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) wurde am 10.10.2012 als Facebook-Gruppe gegründet. Diese Facebook-Gruppe erzielte mit einer ideologischen Mischung aus Islam- und Fremdenfeindlichkeit, völkischem Nationalismus und systemkritischem Antiliberalismus in kürzester Zeit eine außergewöhnlich große Resonanz, die sich in zahlreichen Beiträgen, Kommentaren und „Gefällt mir“-Angaben (1.600 innerhalb der ersten drei Monate) widerspiegelte. So versteht sich die IBD als deutscher Ableger der Identitären Bewegung Österreich (IBÖ) und der französischen Jugendorganisation „Génération Identitaire“ (GI) (NMIS 2016, 17; Goertz 2018, 712).

Die IBD veröffentlichte als einen ihrer ersten Beiträge auf Facebook ein mit deutschen Untertiteln versehenes Video der Génération Identitaire mit dem Titel „Identitäre Generation – Die Kriegserklärung“. In diesem Video, das in 25 weitere Sprachen übersetzt wurde, sind Französisch sprechende Personen zu sehen, die die Botschaft einer „ethnokulturellen Identität“ verkünden und die sich gegen kulturelle Vielfalt, gesellschaftliche Gleichheit und gegen Multikulturalismus im Allgemeinen aussprechen (NMIS 2016, 11; Goertz 2018, 712). Am Ende

des Videos wird das Ganze als Kriegserklärung bezeichnet, wobei die Identitäre Bewegung nach eigenem Bekunden diese Erklärung nicht als Aufruf zur Gewalt verstanden haben will. In dem rund zweieinhalbminütigen Video finden sich zumindest Aussagen, die einen islam- und fremdenfeindlichen Charakter sowie einen generell systemkritischen Gesamttenor offen darlegen: „Wir sind die Generation des ethnischen Zusammenbruchs, des totalen Scheiterns, des ‚friedlichen Zusammenlebens‘ und der aufgezwungenen Vermischung. Wir glauben nicht mehr daran, dass ‚Mehmet‘ jemals unser Freund wird, wir haben aufgehört, an ein globales Dorf zu glauben; und daran, dass die Menschheit eine Familie ist. Unser einziges Erbe ist unser Land, unser Blut, unsere Identität“ (ebd., 11; ebd., 712).

Zu Beginn lehnte sich die Selbstbeschreibung der IBD zunächst stark an das bereits oben erwähnte, mit deutschen Untertiteln versehene Video der französischen Génération Identitaire an. Der annähernd gleiche Wortlaut des Videos wurde auf der Facebook-Seite der IBD als Info veröffentlicht und findet sich in Auszügen auch in einem der ersten selbst erstellten Videos der IBD mit dem Titel „Gekommen um zu bleiben“, das von bisweilen kitschigen Bildern, Grafiken und Collagen der Organisation bestimmt ist und das im Ton zwischen völkisch-nationalistischem Pathos und einem systemkritischen Lamento changiert:

„Wir sind die Bewegung, deren Generation doppelt bestraft ist: Verurteilt, in ein Sozialsystem einzuzahlen, das durch die Fremden so instabil wird, dass es unseren Kindern schon nichts mehr nützt. Wir sind die Bewegung, die auf unsere Identität, unser Erbe, unser Volk und unsere Heimat schaut und mit gestärktem, aufrechtem Gang in die Zukunft gegen Sonnenaufgang marschiert.“

Wir sind die Bewegung, die sich anstrengt, ob in Sommerlagern, beim Bergsteigen oder Kampfsport. Die Bewegung, die Schläge einstecken kann. Die Bewegung der Härte, des Schweißes und der Selbstüberwindung.

Wir sind die Bewegung, die bereit ist, der Politik ihr einstiges ruhmreiches Ansehen zurückzugeben und die auf allen Ebenen, mit einer klaren Idee, aufmarschiert:

Wir sind die Zukunft. Glaubt nicht das hier wäre nur ein Manifest, es ist eine Kriegserklärung an diejenigen, welche ihr Volk, ihr Erbe, ihre Identität und ihr Vaterland hassen und bekämpfen! Ihr seid von gestern, wir sind der Morgen!“ (ebd., 17; ebd., 713).

Die Identitäre Bewegung nutzt Text- und Videoblogs, Musikvideos, Twitter-Kanäle und soziale Netzwerke wie Instagram und Facebook dazu, um ihre ideologischen Positionen zu kommunizieren, zu eigenen Veranstaltungen zu mobilisieren und um Selbstästhetisierung zu betreiben. Für verschiedene Interessen wurden dabei Plattformen geschaffen: So finden sich auf den Gruppen-Blogs Rezensionen von Büchern und Filmen, Kampagnentexte, Presstexte und andere Positionsvideos. Der wechselseitige Verweis auf Gruppen in anderen Ländern dient dazu, die internationale Vernetzung unter Beweis zu stellen. Ziel ist das Einwirken auf politische Debatten und die Prägung von Begriffen und Bildern sowie Emotionalisierung (Bruns et al. 2017).

Eine aufsehenerregende Aktion der IBD war am 28.06.2015 die kurzzeitige Besetzung der Balkone der SPD-Landesgeschäftsstelle in Hamburg sowie der SPD-Bundeszentrale in Berlin durch jeweils zehn bis 15 Aktivisten. Dort wurden Fahnen mit dem Erkennungszeichen der IBD geschwenkt und Transparente mit den Aufschriften „Stoppt den großen Austausch – Geburtenrückgang – Massenein-

Quelle: Wikimedia Commons



Abb. 2: Slogan der Identitären Bewegung „Festung Europa – Macht die Grenzen dicht!“

wanderung“ und „Grenzen retten Leben! Pro Border! Pro Nation!“ entrollt. Wie bei der IBD üblich, wurden diese Aktionen medial aufgearbeitet und in Form von Videos und Begleittexten über Facebook und eigene Internetseiten verbreitet. In einer durch die IBD veröffentlichten Erklärung zu der Aktion wird die SPD für den „großen Austausch“ mitverantwortlich gemacht, weil „Deutsche in nur wenigen Jahrzehnten zur Minderheit im eigenen Land“ würden („Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“) (NMIS 2016, 37 f).

Folgende öffentlichkeitswirksamen Aktionen der IBD in Deutschland verdeutlichen die Strategie der IBD:

- ▶ Am 22.03.2016, dem Tag des islamistischen Terroranschlags in Brüssel, wurde von Aktivisten der Identitären Bewegung im Raum Lüneburg ein großformatiges Transparent mit der Aufschrift „Heute Brüssel, morgen Hamburg“ an eine Autobahnbrücke über die A1 bei Seevetal in Fahrtrichtung Hamburg angebracht. Bilder dieser Aktion sowie eine Kritik an der „verfehlten Einwanderungspolitik“ finden sich medial aufbereitet auf der Facebook-Seite der Lüneburger Gruppe (NMIS 2016, 38; Goertz 2018, 715).

- ▶ Am 09.04.2016 sorgte in Mecklenburg-Vorpommern eine Aktion für Aufsehen, die von den Identitären als „Burka-Invasion“ bezeichnet wurde. Auf der Uferpromenade im Ostseebad Warnemünde demonstrierten etwa 15 Aktivisten vollverschleiert und mit dem Ruf „Allahu Akbar“ (Gott ist groß). Die mitgeführten Schilder mit der Aufschrift „Unterwerft euch“ sollten den eigenen Angaben nach auf die „drohende Islamisierung“ hinweisen (ebd., 38; ebd., 715).
- ▶ Am 12.04.2016 befestigten Aktivisten der IBD an der niedergebrannten Flüchtlingsunterkunft in Winsen/Luhe ein hochwertig bedrucktes Transparent mit der Aufschrift „Flame-Fugees – Not Welcome – Burn Down Your Own Houses“. Hintergrund war die durch einen Flüchtling verursachte Brandstiftung an dem Gebäude. Die Gestaltung des Transparentes persiflierte dabei das bekannte „Refugees Welcome“-Emblem, da die IBD Kritik am „Verhalten der Migranten, aber auch ein Zeichen gegen die Doppelmoral der Einwanderungsbefürworter“ setzen wollte. Wie bereits die Burka-Invasion wird auch diese Aktion in professioneller Form fotografisch festgehalten bzw. videografiert und war

auf der Facebook-Seite der Identitären Bewegung Großraum Lüneburg abrufbar (ebd., 38 f; ebd., 2018, 715).

- ▶ Am 28.07.2016 wurden an Autobahnbrücken über der A1 bei Hamburg zwei Transparente mit den Aufschriften „Multikulti tötet – Grenzen dicht“ und „Würzburg, Reutlingen, Ansbach, HAMBURG“ durch Aktivisten der Identitären Bewegung Niedersachsen angebracht, um nach eigenem Bekunden darauf hinzuweisen, dass „Integration eine Lüge ist und die Utopie einer funktionierenden multikulturellen Gesellschaft gescheitert ist“ (ebd., 40; ebd., 715).
- ▶ Am 27.08.2016 kletterten etwa 15 Aktivisten der Identitären Bewegung auf das Brandenburger Tor in Berlin und besetzten kurzzeitig das symbolträchtige Bauwerk im Zentrum der Bundeshauptstadt. Einige Aktivisten gelangten bis auf die Quadriga, entzündeten dort Rauchfackeln und schwenkten Flaggen mit dem Erkennungszeichen der Identitären. Auf einem entrollten Transparent, das nahezu auf ganzer Länge die Front des Brandenburger Tores abdeckte, stand die Aufschrift „Sichere Grenzen – Sichere Zukunft“. Unterhalb der Quadriga war ein kleineres Transparent mit der Aufschrift „Identitäre Bewegung“ angebracht, direkt neben der Quadriga hielten Aktivisten ein Transparent mit der Aufschrift „Festung Europa – Grenzen schützen! Leben retten!“ Nach Aufforderung der Polizei räumten die Aktivisten der IBD das Bauwerk wieder (ebd., 42; ebd., 715 f).
- ▶ Die europaweite Vernetzung der IBD drückt sich vor allem durch gemeinsame Aktionen aus. Eine europäisch zusammengesetzte Gruppe von Aktivisten der Identitären Bewegung errichtete unter Beteiligung der IBD bei der Mission Alpes im Rahmen der Kampagne

Quelle: Wikimedia Commons



Abb. 3: Mitglieder der IBD auf dem Brandenburger Tor

Defend Europe im Frühjahr 2018 am Pass Col de l'Échelle im französisch-italienischen Grenzgebiet eine provisorische Grenze, um Migranten an der Reise nach Mitteleuropa zu hindern. Deutsche IBD-Aktivist*innen nehmen zudem regelmäßig an der jährlichen Sommeruniversität in Frankreich teil, wo ideologische Schulungen, Kampagnen-Workshops und Sporttrainings durchgeführt werden (BfV 2020, 92).

- Im Zusammenhang mit der seit 2015 laufenden IBD-Kampagne gegen den Großen Austausch fand im März 2019 eine überregionale Aktionswoche Remigration mit verschiedenen Plakat- und Banneraktionen sowie Einrichtung einer eigenen Kampagnenwebsite statt (ebd., 91).

3. ZWISCHENFAZIT IDENTITÄRE BEWEGUNG

Die IBD wird seit 2014 von den deutschen Verfassungsschutzbehörden als eine verfassungsfremde Organisation im Bereich des Rechtsextremismus beobachtet. Die Positionen der IBD sind von einer zum antimuslimischen Rassismus tendierenden Islamfeindlichkeit geprägt. Die IBD überhöht ethnische Zugehörigkeiten religiös, um auf diese Weise an bestehende islam- und fremdenfeindliche Ressentiments in der deutschen und europäischen Bevölkerung anknüpfen zu können. Die IBD versteht sich als Bestandteil einer europaweiten Bewegung und eines ihrer Ziele besteht darin, die europäische Jugend im Kampf für die nach ihrer Meinung bedrohte Freiheit und kulturelle Identität zu vereinen. Einen strategischen Schwerpunkt sieht die IBD in der Verteidigung und Bewahrung von „Heimat, Freiheit, Tradition“, an erster Stelle steht dabei der Erhalt der „ethno-kulturellen Identität“, die durch einen befürchteten „demographischen Kollaps“ sowie durch angebliche „Massenzuwan-

derung“ und „Islamisierung“ bedroht sei (Goertz 2019, 12).

Abschließend muss festgestellt werden, dass die IBD im Vergleich zur Alten Rechten für einen modernen Rechtsextremismus steht, der ideologisch an die Theoreme der Neuen Rechten anknüpft und der sich von den Repräsentanten der NPD, Neonazis, Skinheads u.a. abzugrenzen versucht.

4. DER EXTREMISTISCHE PHÄNOMENBEREICH REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER – DEFINITIONEN UND ANALYSEMERKMALE

4.1 Definitionen der extremistischen Reichsbürger und Selbstverwalter

Das österreichische Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) definiert den extremistischen Phänomenbereich Reichsbürger und Selbstverwalter wie folgt:

„Wenngleich die staatsfeindlich agierenden Gruppierungen in Österreich nach außen hin unterschiedlich auftreten und unterschiedlich strukturiert sind, sind alle wesentlichen Gruppierungen von der Reichsbürgerbewegung geprägt. Sie haben grundsätzlich die gleichen Ziele, versuchen staatsähnliche Parallelstrukturen samt Gewaltmonopol in unterschiedlicher Ausprägung aufzubauen, gehen untereinander auch Kooperationen mit z.B. regionalen Gebietsabsprachen ein, um letztendlich – zumindest seitens der Hauptakteure – persönliche Machtbedürfnisse zu stillen und/oder auch finanziell davon zu profitieren“ (BVT 2018, 63).

Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) definiert den extremistischen Phänomenbereich Reichsbürger und Selbstverwalter wie folgt:

„Reichsbürger und Selbstverwalter sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die

aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen – unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht – die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren und deshalb die Besorgnis besteht, dass sie Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen“ (BfV 2018, 6).

4.2 Analysemerkmale der Reichsbürger und Selbstverwalter

Die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter in Deutschland und Österreich ist organisatorisch und ideologisch äußerst heterogen. Ihr verbindendes Element ist die fundamentale Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland und Republik Österreich sowie ihrer Rechtsordnungen. Die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter in Deutschland und Österreich besteht überwiegend aus Einzelpersonen ohne strukturelle Anbindung, aber auch aus Klein- und Kleinstgruppierungen, virtuellen Netzwerken und überregional agierenden Personenzusammenschlüssen (ebd., 5). Viele Szeneangehörige lehnen nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz die Bezeichnung Reichsbürger oder Selbstverwalter für sich selbst jedoch ab. Seit vielen Jahren agieren Angehörige dieser Szene mit vielfältigen und aus objektiver Sicht meist völlig abstrusen Thesen. Dabei nutzen sie intensiv das Internet und soziale Netzwerke. Aber auch in der Realwelt vertreten sie ihre juristisch meist völlig abwegigen Ansichten. Besonders auffallend ist ein häufig anmaßender und aggressiver Ton in ihren Veröffentlichungen und Schreiben an staatliche Stellen. Darin drohen sie Amtsträgern und

öffentlichen Bediensteten zum Beispiel mit Schadensersatzforderungen oder sogar schweren Gewalttaten (ebd., 5).

Die deutschen Verfassungsschutzbehörden stellen fest, dass rechtsextremistische Ideologiefragmente in den Reihen der Reichsbürger und Selbstverwalter unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Ein Teil der Reichsbürger- und Selbstverwalterzene zeigt sich offenkundig rechtsextremistisch, bei den meisten Akteuren dieser Szene sind allerdings eindeutige Elemente einer rechtsextremistischen Weltanschauung nur in geringem Maße bis gar nicht auszumachen (ebd., 7). Im Kern der Ideologie und der Theorien von deutschen und österreichischen Reichsbürgern und Selbstverwaltern steht die Ablehnung der völkerrechtlichen Legitimität und Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich. Dabei beziehen sich Szeneangehörige auf unterschiedliche historische und völkerrechtliche Zustände in Deutschland. Die Anfänge dieser Reichsideologie gehen bis in die Gründungszeit der Bundesrepublik Deutschland zurück (ebd., 7).

Die Unterscheidung zwischen Reichsbürgern und Selbstverwaltern ist nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz teilweise äußerst schwierig. Dabei sind die Argumente für ihre Ansichten im Wesentlichen deckungsgleich: Reichsbürger berufen sich hinsichtlich des Staatsgebiets und des Rechtsstandes auf ein wie auch immer geartetes „Deutsches Reich“ und lehnen deshalb die Bundesrepublik Deutschland ab (BfV 2020, 102). Selbstverwalter hingegen sind Personen, die sich dem Staat nicht zugehörig fühlen. Diese behaupten, sie könnten durch eine Erklärung aus diesem austreten und seien deshalb nicht an die Gesetze gebunden. Dabei berufen sie sich oftmals auf eine UN-Resolution, die es ihrer Meinung nach ermöglichen würde, in eine Selbstver-

waltung einzutreten. Zahlreiche Reichsbürger und Selbstverwalter markieren ihr Wohnanwesen mitunter durch (Grenz-) Linien, Schilder, Wappen oder andere Kennzeichen, durch die sich ihr angeblich souveräner Verwaltungsraum abgrenzen soll. Dieser wird von Reichsbürgern und Selbstverwaltern teilweise auch gewalttätig verteidigt (ebd., 102).

Argumentativ richten sich Reichsbürger und Selbstverwalter – auch wenn es nicht alle Szeneangehörige realisieren – an der historisch-fiktionalen Gegenerzählung des Rechtsextremismus aus, wie es sie schon in der völkischen und antisemitischen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts gab und die aktuell nach wie vor bei Rechtsextremisten zu finden ist (Hüllen et al. 2015, 18 f). Diese Gegenerzählung bezieht sich auf autoritäre, ethnisch-nationalistische sowie kollektivistische Wertvorstellungen, die zu großen Teilen auf realitätsfremden Einbildungen beruhen, die nichts mehr mit der realen Geschichte Deutschlands zu tun haben. Diejenigen, die diese historisch-fiktionale Gegenerzählung verbreiten, sind an historischen Entwicklungen, Fakten und Überlieferungen nur instrumentell interessiert (ebd., 18 f).

Für das Jahr 2019 gehen die deutschen Verfassungsschutzbehörden von ca. 19.000 Reichsbürgern und Selbstverwaltern in Deutschland aus (BfV 2020, 109).

5. PROGRAMM UND STRATEGIEN DER REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER

Nach Angaben des österreichischen BVT finden sich im Phänomenbereich Reichsbürger und Selbstverwalter in Österreich neben virtuellen Aktivitäten zur Verbreitung der einschlägigen Weltanschauungen bzw. zur Rekrutierung auch ein breites Angebot von grenzüberschreitenden Rekrutierungsveranstaltungen, insbesondere zwischen Österreich und Deutschland,

wodurch vorerst neugierig Interessierte angesprochen und dann tiefer in die Szene gezogen werden (BVT 2018, 63). So machten auch Führungspersonen im „Staatenbund Österreich“ ihre ersten Schritte zur Errichtung dieser inkriminierten Gruppierung zunächst in Schulungen zu „Rechts-sachverständigen“, die ihre Grundlage in der deutschen „Reichsbürgerbewegung“ haben. In diesen Schulungen wurden von Reichsbürgern und Selbstverwaltern Behauptungen aufgestellt und Analogien zur Illegitimität der österreichischen Verfassung hergestellt (ebd., 63). Hierbei wurde die tatsächliche völkerrechtliche Rechtslage verdreht und Nachkriegsnormen herangezogen, die auf österreichischem Bundesgebiet nie Geltung hatten. Abschließend fanden die Anhänger in solchen mehrtägigen und immer kostenpflichtigen Seminaren, die Grundlage, um das Existenzrecht Österreichs in Abrede zu stellen und ihre eigene Staatsgründung zu rechtfertigen (ebd., 63 f).

Mit diesen Indoktrinierungs- und Rekrutierungsveranstaltungen konnte nach Angaben des BVT schließlich vom Staatenbund Österreich ein nachgewiesener Mitgliederstand von über 2.500 Reichsbürgern und Selbstverwaltern in Österreich erreicht werden (ebd., 63).

Allen in Österreich einschlägigen Gruppen und Individuen von Reichsbürgern und Selbstverwaltern gemeinsam ist die Ablehnung des in Österreich bestehenden Justizsystems. Einige dieser Gruppen definieren sich durch die Gründung eines alternativen, jedoch illegitimen Gerichtsystems, wie dem „International Common Law Court of Justice Vienna“ (ICCV) oder die sich selbst bezeichnende Menschenrechtsinstitution „Amt der Menschen auf Erden“ oder, wie beim Staatenbund Österreich, das „Staatliche Völkerrechtgericht der all-gemein gültigen Rechtsprechung“ (ebd., 63). Österreichische Sympathisanten und

Anhänger werden angeleitet und angestiftet, mit Eingaben an Gerichts- und Verwaltungsbehörden ihre Abkehr vom System zu bekunden. Darüber hinaus sollen sie mit Drohschreiben, die in der Regel hohe monetäre Forderungen beinhalten, gegen öffentliche und private Einrichtungen und ihre Mitarbeiter vorgehen (ebd., 63).

Hier werden kurz die gängigsten Strategien und Mittel der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene aufgezählt:

Mit der „Malta-Masche“ versuchen Reichsbürger und Selbstverwalter, Richter, Justizangestellte und Gerichtsvollzieher mit zum Teil horrenden finanziellen Forderungen einzuschüchtern. Dabei fingieren sie vermeintliche Schulden der Betroffenen und tragen diese in ein US-amerikanisches Online-Schuldnerregister ein, das „UCC-Register“, nach der gesetzlichen Grundlage im US-Handelsgesetzbuch „Uniform Commercial Code“ (UCC). Im Anschluss werden diese Forderungen an ein zu diesem Zweck gegründetes, in Malta ansässiges Inkasso-Unternehmen abgetreten (BfV 2018, 14).

Eine weitverbreitete Strategie von Reichsbürgern und Selbstverwaltern stellt die Vielschreiberei dar. Dabei legen Reichsbürger und Selbstverwalter häufig ausufernde pseudojuristisch verfasste Schreiben vor. Daneben ist auch die unmittelbare Konfrontation durch Anrufe oder persönliche Vorsprachen bei Ämtern und Behörden verbreitet. Regelmäßig werden Gespräche

mit Behördenmitarbeitern aufgezeichnet und ins Internet gestellt (ebd., 16).

In der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene aktive Milieumanager verfolgen vor allem finanzielle Interessen. Sie versuchen, mit den Ansichten der Reichsbürger und Selbstverwalter lukrative Geschäfte zu machen, indem sie Fantasiedokumente, CDs, Bücher und sonstiges Material verkaufen. Einige bieten sogar Geldanlagen an. Viele Milieumanager erzielen mit teuren, aber wertlosen Szeneschulungen und Rechtsberatungen erhebliche Einnahmen. Die Milieumanager schaden mit ihren falschen Rechtsauffassungen und pseudojuristischen Ratschlägen denjenigen, die sich auf ihre vermeintliche Expertise verlassen (ebd., 16).

Der Großteil der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene lehnt die Ausweisdokumente der Bundesrepublik Deutschland ab und dennoch beantragen viele Reichsbürger und Selbstverwalter bei staatlichen Stellen, die sie selbst gar nicht anerkennen, einen Staatsangehörigkeitsausweis. Dabei gehen sie von der Annahme aus, dass allein dieser sogenannte Gelbe Schein ihnen die „volle Rechtsfähigkeit“ als Grundrechtsträger zusichern könne. Im Jahr 2017 wurden Fälle bekannt, in denen Reichsbürger und Selbstverwalter versuchten, ihre Wahlbenachrichtigungen notariell beglaubigen zu lassen, um sich damit ausweisen zu können (ebd., 16 f).

Abschließend ist in der Szene die Gründung verschiedener Regierungen oder Verwaltungen bzw. die Ausrufung eigener Königreiche oder Staaten verbreitet. In verschiedenen Bundesländern unternahmen Reichsbürger und Selbstverwalter dabei den Versuch, mit ausufernden Selbstermächtigungsschreiben ihre Gemeinde als unabhängig von der Bundesrepublik Deutschland zu erklären (ebd., 17).



Abb. 4: Fantasiedokumente von Reichsbürgern und Selbstverwaltern

6. ZWISCHENFAZIT REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER

Die vielfältigen Ideologieelemente der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene ermöglichen es, politik- und staatsverdrossene Personen zu verschwörungstheoretischen Anschauungen zu motivieren. In ihrer Gesamtheit werden Reichsbürger und Selbstverwalter von den deutschen und österreichischen Verfassungsschutzbehörden als staatsfeindlich und extremistisch kategorisiert.

Weil die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter sehr heterogen und von einer Vielzahl handelnder Personen und Gruppen geprägt ist, kann eine generelle Bewertung des Gefährdungspotenzials im Augenblick nur sehr schwer vorgenommen werden. Auf Grund bisher verübter Straf- und Gewalttaten gehen die deutschen Verfassungsschutzbehörden aber augenblicklich davon aus, dass zumindest Teile der Szene auch in Zukunft versuchen werden, ihre eigene Weltsicht im Extremfall unter Anwendung von Gewalt zu verteidigen. Darüber hinaus belegt der hohe Anteil an waffenrechtlichen Erlaubnissen innerhalb der Szene ihre hohe Affinität gegenüber Waffen (Goertz 2019, 10).

7. FAZIT

Die Identitäre Bewegung sowie Reichsbürger und Selbstverwalter sind extremistische Phänomenbereiche, die aus unterschiedlicher Motivation heraus argumentieren und agieren. Teile der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene sind Rechtsextremisten, die Identitäre Bewegung wird gänzlich von den Verfassungsschutzbehörden als rechtsextremistisch eingestuft und beobachtet.

Die Ideologieelemente der Reichsbürger und Selbstverwalter beeinflussen mit Verschwörungstheorien, Ablehnung und Hass gegenüber dem Staat, politik- und staatsverdrossene Personen und versuchen, diese für die Szene zu gewinnen.

Im Juni 2016 erklärte das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) zum Verdachtsfall und damit zum extremistischen Beobachtungsobjekt. Die Beobachtung der IBD durch die deutschen Verfassungsschutzbehörden führte im Juli 2019 zur Einstufung der IBD als „gesichert rechtsextremistisch“, weil die Positionen der IBD nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind.

Quellenangaben

BfV [Bundesamt für Verfassungsschutz] (2018). „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ – Staatsfeinde, Geschäftemacher, Verschwörungstheoretiker, Köln/Berlin.

BfV [Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat/Bundesamt für Verfassungsschutz] (2020). Verfassungsschutzbericht 2019, Juli 2020, Köln/Berlin.

Bruns, Julian et al. (2017). Die Identitären – mehr als nur ein Internet-Phänomen, 26.01.2017, Online: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/241438/die-identitaeren-mehr-als-nur-ein-internet-phaenomen> (21.09.2020).

BVT [Bundesministerium für Inneres, Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung] (2018). Verfassungsschutzbericht 2017, Wien.

BVT [Bundesministerium für Inneres, Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung] (2019). Verfassungsschutzbericht 2018, Wien.

Goertz, Stefan (2018). Die Identitäre Bewegung, Analyse der deutschen Verfassungsschutzbehörden, Kriminalistik (12), 711–716.

Goertz, Stefan (2019). „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie die „Identitäre Bewe-

- gung Deutschland“, *Der Kriminalist* (11), 6–12.
- Hüllen, Michael et al. (2015). „Reichsbürger“ zwischen zielgerichtetem Rechtsextremismus und Staatsverdrossenheit, in: Wilking, Dirk (Hg.) „Reichsbürger“ Ein Handbuch, Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, Potsdam, 13–38.
- Kellershohn, Helmut (2016). „Es geht um Einfluss auf die Köpfe“ – Das Institut für Staatspolitik, 07.07.2016, Online: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230002/es-geht-um-einfluss-auf-die-koepfe-das-institut-fuer-staatspolitik> (21.09.2020).
- Kubitschek, Götz (2019). Mein Freund Martin Sellner, 27.03.2019; Online: <https://sezession.de/60880/mein-freund-martin-sellner> (21.09.2020).
- NMIS [Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport/Verfassungsschutz] (2016). Identitäre Bewegung Deutschland (IBD). Ideologie und Aktionsfelder, Hannover.
- Pfahl-Traughber, Armin (2019). Was die „Neue Rechte“ ist – und was nicht, Bundeszentrale für politische Bildung, Online: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht> (21.09.2020).
- Spiegel (2020). Verfassungsschutz. Kubitscheks rechtsradikale Denkfabrik wird zum „Verdachtsfall“, 23.04.2020, Online: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechtsextremismus-goetz-kubitscheks-institut-fuer-staatspolitik-wird-zum-verdachtsfall-a-a099e200-d1b6-4b9c-a36c-87e6419e0e31> (21.09.2020).
- Zeit (2020a). Neue Rechte: Verfassungsschutz stuft Kubitschek-Institut als Verdachtsfall ein, 23.04.2020; Online: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-04/neue-rechte-goetz-kubitschek-verfassungsschutz-institut-staatspolitik> (21.09.2020).
- Zeit (2020b). Rechtsextremismus: Verfassungsschutz stellt Ein Prozent unter Beobachtung, 29.06.2020; Online: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-06/rechtsextremismus-einprozent-netzwerk-verfassungsschutz-verdachtsfall> (21.09.2020).